

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei jeder Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10,- M. im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 8,50 M. Für den Bezug nehmen sämtliche Telephonbetriebe entgegen. Unter Preisnachlass bezogen für Deutschland und Österreich 16,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M. Zuglich Colours-Ausschnitt, der Brief für Deutschland und Österreich 30,- M. Subskription, Expedition und Verlag: Berlin E 2, Breite Straße 64.

Die abgepaltenen Korrespondenzen über deren Raum kostet 4,- M. einschließlich Fernschreibungsbeitrag. Kleine Anzeigen: Das festgedruckte Wort 2,- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Teuerungszuschlag. Kaufleute Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,20 M. netto pro Zeile. Österreichische Anzeigen: Das festgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,- M. Fernsprecher: Zentrum 2030, 2845, 4518, 4603, 4635, 4648, 4821

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Orgesch-Diktatur in München

Die Regierung der Rebellen

Von unserem Sonderkorrespondenten

München, 12. Februar.

Nach den gestrigen Sturmigen im Landtag hat sich der Ministerrat mit der Lage befaßt und hat, wie amtlich mitgeteilt wird, die Auffassung vertreten, daß es nicht nur Pflicht, sondern auch der eigene Wunsch der Staatsregierung sei, sowohl dem Landtag als auch dem ganzen Lande „rückhaltlose Aufklärung“ über die Lage zu geben. In Abgeordnetenkreisen ist man der Auffassung, daß der Landtag, der bis zum 8. März vertagt ist, am Mittwoch, den 16. 2. zu einer besonderen Sitzung zusammenberufen wird, in der die Regierung die Interpellation der U. S. P. D. beantwortet wird, wenn nicht die Orgesch in zwischen ein anderes Verfahren erzwingt. Die ganze Regie in München sieht so aus, als ob man den Landtag in der nächsten Woche mit einer nichtsagenden Erklärung abzuwickeln will, und man hat auch nicht die Absicht, die bayerische Note an die Reichsregierung in München zu veröffentlichen. Dabei verstanzt man sich hinter die Reichsregierung, ohne deren Zustimmung die Veröffentlichung der Note angeblich nicht möglich ist. Es muß deshalb auf das nachdrücklichste von der Reichsregierung gefordert werden, daß sie von sich aus die bayerische Note der Öffentlichkeit übergibt.

Der „Bayerische Courrier“, das Sprachrohr des Ministerpräsidenten von Kahr, schreibt heute Morgen: „Die Aufnahme, die die halbamtliche Kundgebung der bayerischen Regierung (vom 10. Februar) und der bayerischen Koalitionsparteien in einem großen Teil der Berliner Presse gefunden hat, läßt vermuten, daß man die Bedeutung der Kundgebung in völlig falscher Weise einleitet. Die Annahme, als ob die halbamtliche Kundgebung der bayerischen Regierung jenseit eine Preisgabe des bisher eingenommenen Standpunktes bedeutet, ist schlechthin unverständlich. Nachgiebigkeit gegenüber einer die Auflösung der Selbstschutzorganisationen fordernden Reichsgewalt könnte sich also nur darin äußern, daß auch Bayern seine Ueberzeugung von der absoluten Unentbehrlichkeit der Selbstschutzorganisationen aufgeben und politisch sein Einverständnis mit den etwa geplanten Maßnahmen erklären würde. Davon kann schlechterdings nicht die Rede sein. Die Grundfrage war von vornherein die, wie die Verantwortung übernehmende Stelle mit den gegenwärtigen und zukünftigen Schwierigkeiten sich abfinden wird, wie sie in Bayern und damit im Reich sich aus einer Berücksichtigung der bayerischen Lebensnotwendigkeiten und des bayerischen Volksgefühls ergeben werden. Uns scheint diese Grundfrage auch heute noch ungeklärt und noch immer für die Reichsregierung Anlaß ernsthafter Erwägung zu sein.“

Die „Münchener Neuesten Nachrichten“ schreiben: „Niemand in den Reihen der Koalitionsparteien dachte auch nur einen Augenblick daran, an der Notwendigkeit der bayerischen Einwohnerwehren zu zweifeln, oder gar diese Selbstschutzorganisationen preiszugeben. Die Koalitionsparteien haben nicht den geringsten Zweifel an der Notwendigkeit der Einwohnerwehren aufkommen lassen. Die Art, wie die Gegner der Einwohnerwehren sich jetzt gebärden, läßt deutlich erkennen, daß gerade dieser Schutz gegen Tollheit und Maßlosigkeit nicht entbehrt werden kann.“

Unser Münchener Parteiorgan, der „Kampf“, schreibt: „Es ist trotz der scheinbaren Nachgiebigkeit der Regierung Kahr keine Veränderung in ihrer tatsächlichen Haltung eingetreten. Sie bleibt nach wie vor der Gefangene des Ringhotels (Hauptquartier der Einwohnerwehren und der Orgesch). Ja, sie ist es in den letzten Tagen noch mehr geworden, weil gewisse Teile der ländlichen Einwohnerwehren ihr nicht mehr in ihrer folgenschweren Katastrophopolitik Gefolgschaft leisten. Sie ist nun mehr das Feigenblatt für die Diktatur der Orgeschoffiziere im Ringhotel. Herr von Kahr sitzt selbst im Ausschuß der Landesleitung der Einwohnerwehren. Er ist nicht mehr Herr seiner selbst. Er darf auf Befehl des Ringhotels nicht auf die Interpellation im Landtag antworten. Er hat daher gestern seinen Stiefelknecht geschickt, um dem Landtag kund und zu wissen zu tun, daß er aus dienstlichen Gründen nicht auf die Interpellation der U. S. P. eingehen kann. Die Frage ist klipp und klar gestellt: Das Ringhotel muß ausgeträumt werden, wenn wir Konflikte mit der Entente ausweichen wollen. Das Reich kann nicht zulassen, daß die Regierung des zweitgrößten Bundesstaates sich ihren Pflichten gegen das Reich und die deutsche Nation entzieht. Eine solche Regierung ist vollkommen überflüssig. Sie steht außerhalb der Verfassung und ist mit samt ihren Auftraggebern im Ringhotel als Rebellen zu betrachten. Wie man mit ihr nicht bloß durch parlamentarische Redensarten fertig wird, dürfte nunmehr ernsthaft in Nordbayern und im Reich zu überlegen sein. Der Worte sind genug gewechselt, laßt uns endlich Taten sehen!“

Aus der vorstehenden Meldung ergibt sich, daß in München bereits die Orgeschdiktatur ausgerufen ist. Kahr führt lediglich die Befehle aus, die ihm von der bewaffneten monarchistischen Garde übergeben werden. Außerdem steht fest, daß auch die norddeutschen Militaristen, die sich nach dem Kapp-Putsch in Bayern niedergelassen haben, sehr stark auf

die Regierung einwirken, sie scharf machen, unter keinen Umständen nachzugeben. Auch die rechtsstehenden Parteien Norddeutschlands, also die Deutschnationale und die Deutsche Volkspartei wirken unausgesetzt auf Kahr ein und ermuntern ihn, bei seiner Haltung zu bleiben. Man braucht bloß einen Blick in die rechtsstehende Presse zu werfen, um zu wissen, was los ist.

Die ganze Verantwortung liegt nunmehr bei der Reichsregierung. Nachdem sich Kahr geweigert hat, im Landtag darüber Aufklärung zu geben, welche Forderungen die Reichsregierung an die bayerische Regierung gestellt hat, muß nunmehr die Reichsregierung klaren Wein einschenken. Die Reichsregierung muß vor allem die bayerische Note der Öffentlichkeit bekannt geben, die ihr als Antwort zugegangen ist, nachdem sich Kahr geweigert hat, im bayerischen Landtag darüber zu berichten. Ein Teil der Berliner Presse ist bereits den Orgeschinsulzen unterlegen. Sie behauptete, Bayern hätte seinen halstarrigen Standpunkt in der Entwaffnungsfrage aufgegeben. Wahr ist, daß Bayern nicht daran denkt, die Einwohnerwehr aufzulösen. Das heißt also, in Bayern gibt es keine versaffungsmäßige Regierung mehr, dort herrscht ein wildgewordenes monarchistisches Rebellentum.

Es steht nun weiter fest, daß der deutschen Regierung am 9. Februar eine Mitteilung zugegangen ist, wonach die Alliierten es ablehnen, in London noch einmal über die Entwaffnungsfrage mit Deutschland zu verhandeln. Die Beratungen in London werden sich ausschließlich auf die Wiedergutmachungsfrage beschränken, und die Verzögerung der Entwaffnung über die gewährte Frist hinaus wird zu den bereits beschlossenen Zwangsmahnen gegen Deutschland führen. Die Regierung hat die Öffentlichkeit von dem Inhalt dieser Note noch nicht benachrichtigt. Es wird also das alte Doppelspiel weitergetrieben, zum Schaden für das Volk.

Wenn in Bayern eine sozialistische Regierung am Ruder wäre, dann würde die Reichsregierung schon längst zur Exekutive geschritten sein. Keine der bisherigen Regierungen hat sich gescheut, mit Gewalt gegen einzelne Länder vorzugehen, wenn den Weisungen der Reichsregierung nicht Folge geleistet wurde. Man hat, vor allem als der Kossakurs maßgebend war, den Konfliktstoff sogar absichtlich gesteigert, um Gelegenheit zum gewalttätigen Vorgehen zu bekommen. Den monarchistischen Treibern gegenüber kannte die Reichsregierung bisher aber nur äußerste Milde und Nachsicht und so ist die Regierung bisher auch im Falle Kahr verfahren, obwohl dieser Mann es direkt auf die Entfesselung einer Katastrophe abgesehen hat.

Mit dieser Politik muß jeht Schluss gemacht werden. Alle Konflikte, die sich aus dem Verhalten der Münchener Rebellen ergeben, fallen auf die Reichsregierung zurück. Sie ist es, die den bayerischen Monarchisten und ihrem norddeutschen Anhang das Spiel erleichtert.

Gegen den nationalistischen Rummel

Protest unserer Bremer Bürgerchaftsfraktion

Drahtmeldung unseres Korrespondenten

Bremen, 12. Februar.

In der gestrigen Sitzung der Bürgerchaft, die zugleich die letzte Tagung vor der Neuwahl war, verlas der Präsident im Einverständnis mit den bürgerlichen Parteien und den Rechtssozialisten eine Protesterklärung gegen die Pariser Forderungen der Entente, in der die Regierung aufgefordert wird, wohl mit den Alliierten zu verhandeln, aber nicht auf der Grundlage der von der Entente gestellten Forderungen. Gegenüber dieser Erklärung, in der die bekannten nationalistischen Redewendungen nicht fehlten und in der mit keinem Wort die Entwaffnungsfrage auch nur gestreift wird, gab die U. S.-Fraktion der Bürgerchaft in Anlehnung an die Stellungnahme der Genossen in der Preussischen Landesversammlung eine Gegenerklärung ab, die eine deutliche Abjage an die Verbände der bürgerlichen Parteien enthält, die Einheit eines Volkes herzustellen, das sich dank der vorhandenen tiefen Klassengegenläge zu einer Einheit nicht zusammenschließen läßt. Die schleunige Entwaffnung der Orgesch und aller anderen illegalen konterrevolutionären Organisationen sei dringend erforderlich. Erst die Solidarität der Arbeiterklassen aller Länder könne der Bereicherungspolitik der herrschenden Klassen ein Ende bereiten. Gleichzeitig wurde in dieser Sitzung ein Schreiben des Reichskommissars für Entwaffnung bekanntgegeben, das die Entwaffnung der Bremer Stadtwehr bis Ende dieses Monats fordert. Gegen diese Entwaffnung hatte sich bekanntlich feinerzeit der Bremer Senat gewendet und hatte deshalb sogar den Volkenscheid veranlaßt.

Kein Friedensschluss im Osten. „Matin“ erfährt aus Pariser politischen Kreisen, daß der Friede zwischen der Sowjet-Regierung und Polen noch nicht unterzeichnet worden ist. Man habe aber Anlaß anzunehmen, daß ein baldiges Einverständnis erzielt werde.

Lehrreiche Zahlen

Was verhindert den Wiederaufbau der Wirtschaft?

Noch immer herrscht in den breiten Massen des Volkes eine große Unkenntnis über die Ursachen unseres wirtschaftlichen Elends. Auf keinem Gebiet macht sich die Vergeßlichkeit der Menschen so unangenehm fühlbar, wie auf diesem. Die großen Leiden, denen die Masse der Bevölkerung während des Krieges ausgesetzt waren, sind von vielen vergessen worden. Deshalb können es heute die an dem großen Elend Schuldigen wieder wagen, sich als die Retter des Volkes aufzuspielen, obwohl die Ursachen für den Zusammenbruch unserer Finanzen, für die Steigerung der Kosten der Lebenshaltung, für Arbeitslosigkeit und Wirtschaftskrise, für Unterernährung und Massensterben doch während des Krieges ihren Anfang genommen haben, und wir heute nur auskosten, was die damaligen Machthaber verschuldet haben.

Immer und immer wieder ist es deshalb unsere Aufgabe, den Blick in die Vergangenheit zurückzuwenden, um an den damaligen Verhältnissen den Nachweis zu liefern, wie ungeheuerlich das Verbrechen ist, das die Monarchie und ihre Träger, die bürgerlichen Parteien, auf sich geladen haben. Nichts verhilft uns aber zu einer besseren Erkenntnis in diese Zusammenhänge, als die Betrachtung unserer Wirtschaftsverhältnisse bei Beginn des Krieges.

Dr. Kuczynski hat in seiner letzten erschienenen Schrift „Das Existenzminimum und verwandte Fragen“ (Verlag Hans Robert Engelmann, Berlin W. 15) ein wertvolles Hilfsmittel dafür geliefert. Seit November 1919 hat er in seiner „Finanzpolitischen Korrespondenz“ den Kampf um die Aufhellung der Ursachen unseres Wirtschaftselends geführt. In der Schrift „Das Existenzminimum“, deren Inhalt weit über die in dem Titel angebeutete Materie hinausreicht, hat Kuczynski die erstmalig in der „Finanzpolitischen Korrespondenz“ erschienenen Artikel sachlich geordnet zusammengestellt und teilweise erweitert. In einem Anhang werden außerdem Tabellen veröffentlicht, die die verhängnisvolle Wirkung des Krieges voll vor unser Bewußtsein treten lassen. Aus ihnen geht z. B. hervor, daß am 30. Juni 1914 die jeite Schuld des Reiches 5 Milliarden Mark betrug. Bis zum 30. September 1918, also schon bis Kriegsende, war sie bereits auf 133,5 Milliarden angewachsen und ist bis zum 31. März 1920 weiterhin auf 182,6 Milliarden Mark gestiegen. Schwappende Schulden waren 1914 überhaupt nicht vorhanden, sie betrugen am 30. November 1920 165,9 Milliarden Mark. Der Papiergeldumlauf betrug bei Ausbruch des Krieges etwas über 2 Milliarden Mark, um bis zum 5. November 1920 auf den ungeheuerlichen Betrag von mehr als 76 Milliarden hinaufzuklettern.

In einer anderen Tabelle zeigt K. an der Hand genauer Aufzeichnungen von sechs Schöneberger Arbeiterfamilien das Steigen der Kosten der Ernährung vom Jahre 1913 bis zum Jahre 1920. Dieselbe Menge Nahrungsmittel, die 1913 606,64 M. kostete, kostete — ungerichtet der Verschlechterung der Waren — im Jahre 1920 7828,75 M., also etwa das Dreizehnfache.

Besonders wertvolle Angaben enthalten die Kapitel des Kuczynskischen Buches, die sich mit den Reichsfinanzen und der Steuergesetzgebung beschäftigen. Hier wird an Hand der amtlichen Zahlen der unwiderlegliche Nachweis geführt, daß die nur auf die Interessen der Besizenden bedacht nehmende Finanzpolitik während des Krieges und seit dem Zusammenbruch, die tiefste Ursache für den außerordentlich schlechten Stand der deutschen Wälua ist, und daß die Finanzen nur gesunden können, wenn die besizenden Kreise in Deutschland höhere Steuern zahlen. Mit Recht sagt deshalb Kuczynski:

„Unsere Finanzpolitik war leichtsinnig, solange wir an den Sieg glaubten, sie blieb leichtsinnig auch nach der Niederlage, sie ist leichtsinnig bis auf den heutigen Tag.“

Eingehend beschäftigt sich K. mit dem völligen Bankrott unserer Besitzteuern, die nur zum geringsten Teile an das Reich abgeliefert werden. Es sei deshalb eine Lüge, wenn diese Steuern als unerträglich bezeichnet werden.

„In einer Zeit, wo die Besitzlosen von allen Seiten immer wieder ermahnt werden, bei der Arbeit ihr Außerstes herzugeben, ist es eine Schamlosigkeit, wenn Millionäre Abgaben, wie das Reichsnotopfer oder die Reichseinkommensteuer, als unerträglich bezeichnen. Unerträglich als diese Steuern, und zwar unerträglich für die Volkswirtschaft und für 99 Prozent der Bevölkerung ist der heutige Zustand, bei dem das Reich so geringe Einnahmen aus Steuern hat, daß es damit kaum ein Viertel seiner Ausgaben decken kann und immer neue Schulden machen muß.“

Bei dieser Sachlage wird auch der Zusammenbruch der deutschen Wälua verständlich. Hundert deutsche Mark waren im Jahre 1914 120,31 Schweizer Franken wert. Im Jahre 1915 aber nur noch 109,27, im Jahre 1916 nur noch 92,67, 1917 72,08, 1918 74,07, um dann infolge der immer größeren Verschlechterung der Reichsfinanzen durch

